

Wien, am 18.10.2021

An den
ZENTRALAUSSCHUSS
für die Bedienteten des öffentlichen Sicherheitswesens
beim Bundesministerium für Inneres
1010 Wien

Betreff: **Umsetzung von weiteren E2b Versetzungen 2021**

A N T R A G

Die **FSG Klub der Exekutive** stellt den Antrag, die mit dem Zentralausschuss vereinbarten Richtlinien einzuhalten und ausstehende E2b Versetzungen 2021 durchzuführen.

Folgende Punkte werden beantragt:

- ❖ Die Festlegung des **Kontingents Wien**, wie viele Versetzungen 2021 von Wien weg in den anderen Bundesländern erfolgen (2020 = 80 Versetzungen)
- ❖ Die Durchführung von weiteren Versetzungen zwischen den Bundesländern unter Berücksichtigung der Personalstände (Personalbedarf, VBÄ, geplanten Aufnahmen, zu erwartende Pensionierung, Abgänge, etc.)
- ❖ Die Bekanntgabe der Durchführungskriterien bzgl. der Abwicklungen mit den LPD (5-jährigen Zugehörigkeit zur Stammdienststelle/LPD - Datum der Versetzung, 2 vereinbarte Stichtage, Widerruf der Versetzung, Nebenwohnsitze, etc.)

Begründung:

In den bisherigen UA Sitzungen brachte der Dienstgeber einen Vorschlag für das Versetzungskontingent Wien mit 30 Bediensteten ein. Weitere Gespräche und Verhandlungen wurden zugesagt. Intern wurde jedoch bekannt, dass es im Jahr 2021 aufgrund der Personalsituation in Wien keine Wegversetzungen geben soll.

Aus den angeführten Gründen stellt die FSG diesen Antrag und es wird um Beschlussfassung im Gremium sowie Weiterleitung an das BMI ersucht.

Mit freundlichen Grüßen:

Hermann Greylinger
Fraktionsvorsitzender

Martin Noschiel

Walter Haspl

Dein Team im Zentralausschuss

Bundesministerium für Inneres 1010 Wien, Herrengasse 7 www.fsg4you.at
Tel.: 01/53126/3273 Fax: 01/53126/3273 @ BMI-ZA-Polizei-FSG@bmi.gv.at